

Antrag A15

Antragsteller: Felix Pahl

§2 Absatz 4 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(4) Richter müssen alle Vorgänge des Schiedsgerichtes vertraulich behandeln. Beeinflussungsversuche hat das Schiedsgericht dem Vorstand des jeweiligen Gebietsverbandes, jedoch unverzüglich mitzuteilen.

Felix Pahl 8.11.2017 09:30

Gelöscht: Bundesvorstand

§7 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

§ 7 - Schlichtung

(1) Eine Anrufung des Schiedsgerichts erfordert in der Regel einen vorhergehenden Schlichtungsversuch. Ansonsten muss der Antrag die Eilbedürftigkeit des Verfahrens oder die Aussichtslosigkeit einer Schlichtung begründen.

(2) Der Schlichtungsversuch wird von den Parteien in eigener Verantwortung ohne Mitwirkung der Gerichte durchgeführt. Dazu sollen sich die Parteien auf eine Schlichtungsperson einigen. Ein Schlichtungsversuch gilt spätestens nach erfolglosem Ablauf von drei Monaten nach dessen Beginn als gescheitert. Bei Anrufung des Schiedsgerichts vor Ablauf dieser Frist muss der Antrag das Scheitern der Schlichtung begründen.

(3) Ein Schlichtungsversuch ist nicht erforderlich bei Parteiausschlussverfahren, bei Einsprüchen gegen Ordnungsmaßnahmen sowie bei einer Berufung.

Felix Pahl 5.11.2017 04:46

Gelöscht: ,

Felix Pahl 5.11.2017 04:22

Gelöscht: sowie in den Fällen, in denen das Schiedsgericht die Eilbedürftigkeit des Verfahrens, die Aussichtslosigkeit oder das Scheitern der Schlichtung feststellt

§11 Absatz 3 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(3) Das Urteil enthält eine Sachverhaltsdarstellung und eine Begründung mit Würdigung der Sach- und Rechtslage. Entschieden wird in nicht-öffentlicher Beratung des Schiedsgerichts, das Urteil wird mit einfacher Mehrheit gefällt. Enthaltungen sind nicht zulässig. Das Abstimmungsverhalten der Richter wird nicht festgehalten.

Felix Pahl 8.11.2017 09:30

Gelöscht: mitgeteilt

§12 Absatz 2 der Schiedsgerichtsordnung soll wie folgt geändert werden:

(2) Die Berufung ist binnen 14 Tagen beim Schiedsgericht der nächsthöheren Ordnung einzureichen und zu begründen. Der Berufungsschrift ist die angefochtene Entscheidung samt erstinstanzlichem Aktenzeichen beizufügen. Maßgeblich für den Lauf der Berufungsfrist ist die Zustellung des Urteils inklusive Rechtsmittelbelehrung.

Felix Pahl 8.11.2017 09:31

Gelöscht: Eine Berufung muss jedoch spätestens nach 3 Monaten nach Urteilsverkündung eingelegt sein.

Begründung:

Der Antrag umfasst einige kleinere Änderungen in der Schiedsgerichtsordnung, die aber nicht im engeren Sinne redaktionell sind:

- §2 (4): Es ist wichtiger, dass der Vorstand des jeweiligen Gebietsverbandes über Beeinflussungsversuche informiert wird, als der Bundesvorstand – vielleicht war die Bestimmung auch so gemeint und wurde nur nicht von der Bundesebene verallgemeinert.
- §7 (“Schlichtung”): Dieser Paragraph ist etwas unsystematisch strukturiert – das Scheitern einer Schlichtung kann nicht festgestellt werden, wenn es noch gar keinen Schlichtungsversuch gab, und Eilbedürftigkeit oder Aussichtslosigkeit kann das Gericht nicht feststellen, wenn es erst gar nicht angerufen werden durfte – deshalb die Reorganisation. Die Begründungen kann das Gericht dann gemäß §8 Abs. 2 und 3 annehmen oder verwerfen.
- §11 (1): Es ist nicht klar, wem hier etwas (nicht) “mitgeteilt” wird. Der Absatz handelt vom Urteil; es geht darum, dass das Abstimmungsverhalten nicht im Urteil festgehalten wird.
- §12 (2): Der Begriff “Urteilsverkündung” kommt sonst nirgends vor – es ist nicht klar, worauf er sich bezieht. Geregelt ist nur die Zustellung des Urteils; deshalb sollte der Lauf der Berufungsfrist allein davon abhängen.